

Einleitung

Von Fulvio Vassallo Paleologo

Tausende und abertausende von Toten, eine unbestimmte Anzahl von Vermissten, über die man nie mehr etwas erfahren wird.

Nebenwirkungen eines von Europa einseitig gegen Migranten erklärten Krieges mit dem Ziel, die irreguläre Migration zu bekämpfen und gleichzeitig die legalen Einreisemöglichkeiten zu blockieren – sogar für Asylsuchende.

Nach der ängstlichen Eröffnung des Prozesses von Barcelona, der im Jahr 1995 begann, und nach den Hoffnungen, die die Beschlüsse von Tampere 1999 auslösten, hat eine Politik der Abschottung und Militarisierung die Entscheidungen der EU-Gremien von einer Europaratssitzung bis zur nächsten bestimmt, besonders nach dem 11. September. Hier wurde eine Gefahr und Sorge um nationale Sicherheit heraufbeschworen, die sich – zumindest was den angeblichen Zusammenhang zwischen irregulären Einwanderern und Terrorismus betrifft – immer wieder als unbegründet herausstellte.

In der Zwischenzeit ist die irreguläre Einwanderung nicht zurückgegangen. Sie ist struktureller Bestandteil einer liberalen Ökonomie globalen Zuschnitts, einer Ökonomie, die sich weg von der lokalen hin zu einer internationalen Ebene bewegt. Einer Ökonomie, die von einer Parallelwirtschaft irregulärer Arbeit, von der Bauwirtschaft bis zur Erntearbeit, Pflegediensten und Dienstleistungen geprägt ist. Ein ausgezeichneter Anreiz für Wanderarbeiter der ganzen Welt, die bereit sind, das Risiko der Meeresüberquerung auf einem „Seelenverkäufer“ auf sich zu nehmen, so wie sie auch die Situation der Irregularität und eine lächerlich geringe Bezahlung ertragen, nur, um ihren Familien eine minimale Überlebenschance zu bieten.

Angesichts des vorherzusehenden Scheiterns der Abschiebungspraktiken auf nationaler Ebene haben die wichtigsten europäischen Länder den Wert der internationalen

Kooperation wieder entdeckt. Statt ihrer eigentlichen Funktion, nämlich eine effektive Abschiebung zu garantieren, wurden die Haftzentren zur Auswahl von Arbeitskräften und zur Verlängerung der Inhaftierung genutzt.

Die internationale Zusammenarbeit dient aber nicht als Instrument ehrlicher Solidarität mit den Einwohnern der ärmeren Länder. Vielmehr werden den Regierungen der Transitländer, vor allem den Ländern Nordafrikas, Übereinkünfte zur Zusammenarbeit aufgedrängt, die vornehmlich auf der Finanzierung von Festnahmen, Haft und Abschiebung irregulärer Migranten basieren, noch bevor diese die Überfahrt nach Europa wagen können.

Die eklatantesten Beispiele dafür haben Spanien und Italien in ihren Beziehungen zu Libyen und Marokko geliefert. Sie haben Abkommen geschlossen, die Abschiebungen von irregulären Migranten zuließen, auch wenn diese aus Drittländern kamen. Im Austausch dagegen werden eine erhöhte Einreisequote für Menschen aus den Transitländern bzw. Handels- und Wirtschaftserleichterungen (wie die Überwindung des Embargos gegen Libyen) vereinbart.

Im Zentrum dieser Abschottungspolitik stehen Übereinkünfte über gemeinschaftliche Patrouillen sowie die Aktivitäten der Agentur Frontex. Diese wurde im Jahr 2004 von der Europäischen Union für die Kontrolle der Außengrenzen und die Bekämpfung irregulärer Einwanderung gegründet. Offenbar schienen die Kontroll- und Rettungsoperationen der Flotten der einzelnen Staaten, wie sie beispielsweise im Kanal von Sizilien stattfanden, nicht mehr ausreichend zu sein, um die irreguläre Einwanderung mit der, von den Befürwortern der Festung Europa erwünschten, Härte zu bekämpfen. Als ob es noch nicht genügend Tote im Meer gäbe und als ob man noch mehr abschreckende Signale an diejenigen senden müsse, die keine andere Wahl haben, als die abenteuerliche Überfahrt auf einem „Seelenverkäufer“ zu wagen. Die Operation von Frontex bestand aus einer gemeinschaftlichen Patrouille (mit Einheiten aus den verschiedenen Ländern), und der Zurückweisung von Booten voller Migranten auf hoher See. Sie wurden in die Häfen, aus denen sie ausgelaufen waren, zurückgedrängt. Dies obwohl

eine Routenänderung oder ein plötzliches Manöver das Kentern der überfüllten Boote provozieren kann, was den Verlust von vielen Menschenleben zur Folge hat. Der Abschreckungseffekt durch die militärische Überwachung, finanziert von der Europäischen Union, hat die irreguläre Migration nicht vermindert. Die Fluchtwege wurden lediglich noch gefährlicher, weil auf immer kleinere Boote zurückgegriffen wird, um den Kontrollen durch Radaranlagen und Überwachungsflüge zu entgehen.

Die irreguläre Einwanderung wird zur Tauschware für diejenigen, die eine neue geopolitische Ordnung im Mittelmeerraum (und darüber hinaus) errichten wollen. Zwar wird von allen Seiten feierlich der Respekt für die Grundrechte des Menschen beteuert, um im nächsten Moment jedoch Abkommen für die Abwehr irregulärer Migration mit Ländern abzuschließen, die diese Rechte ganz und gar nicht respektieren. Rückübernahmeabkommen, die jahrelang geheim bleiben, ausgetragen auf dem Rücken der Opfer, der Migranten, die zur Irregularität gezwungen werden.

Die Staaten der Europäischen Union bewachen ihre Außengrenzen mit militärischem Einsatz, besonders die Länder mit der exponiertesten Lage an der Südgrenze, wie Spanien, Italien und Griechenland. Es beteiligten sich aber auch Länder wie Deutschland, Holland, Frankreich oder Belgien. Sie stellen Schiffe, aber auch Flugzeuge und Bodenfahrzeuge bereit oder bilden Grenztruppen aus, die im Hinblick auf eine gemeinsame europäische Grenzpolizei die operativen Übereinkünfte mit den Polizeikräften der Transitstaaten umsetzen sollen.

Das ist das Europa, das die Europäische Kommission derzeit anstrebt. Ganz im Gegensatz zu den Positionen, die im Europäischen Parlament zum Ausdruck gebracht werden, der einzigen EU-Institution mit direkter Legitimierung durch die Bevölkerung.

Wie Franco Frattini, EU-Kommissar für Inneres und Recht, im Januar betonte: „Die EU braucht Helikopter, Boote und Flugzeuge“. Laut Frattini, der vor allem von der deutschen Ratspräsidentschaft gestützt wurde, ist es notwendig,

dass alle Länder, die dazu aufgefordert wurden, sich an der Agentur Frontex zu beteiligen, schnell handeln, wenn der neue Zustrom von Migranten blockiert werden soll, der in den Monaten April, Mai und Juni, wenn die Wetterbedingungen günstig sind, erwartet wird.

Die erschreckenden Daten von *Fortress Europe* sind ein erstes Stück Wahrheit nach Jahren der Desinformation und Lügen, wie die der italienischen Regierung, die sie wegen der Blockade des deutschen Schiffs *Cap Anamur* in internationalen Gewässern verbreitete.

In Zukunft müssen die Aktivitäten der europäischen Schiffseinheiten, die gegen die irreguläre Einwanderung vorgehen, besser dokumentiert werden, besonders die halbverdeckten Operationen wie die großen Anti-Immigrations-Schiffsmanöver, die seit dem Sommer des Jahres 2000 bis zum heutigen Tag stattfinden. Zumindest kann die Öffentlichkeit, die sich offenbar mit diesem Massenmord an Unschuldigen abgefunden hat, so über die Kommandoketten informiert werden und die wahren Verantwortlichen für die vielen Tragödien der irregulären Einwanderung ausfindig machen. Zudem werden die Geschichten dieser Menschen auf der Flucht (ob sie nun vor Not, Hunger oder Krieg fliehen, macht keinen großen Unterschied) bekannt, die versuchen, nach Europa zu kommen und die sich, wenn es gut geht, hinter den Gittern einer Verwaltungshaft wieder finden.

Eine Tatsache ist verbürgt und wird durch die Recherche von Gabriele Del Grande greifbar: jede Verschärfung der Kontroll- und Bekämpfungsmaßnahmen gegen irreguläre Einwanderung verändert unmittelbar die Fluchtrouten, hält aber die Migranten nicht davon ab, sich in Bewegung zu setzen, weder an den Abfahrtsorten noch in den Zielländern. In den Schiffen, die vor der Atlantikküste Afrikas immer südlicher gestoppt werden, entdeckt man mittlerweile Tausende von Migranten, die aus Zentralafrika, Ostafrika oder dem indischen Subkontinent kommen.

Leben, die an einem seidenen Faden hängen. Wenn sie zwischen den Wellen Glück haben, aber durch die europäischen Patrouillen von Frontex an Land zurückgewiesen wer-

den, stehen Internierung oder Sklaverei in Aussicht. Denn Transitländer wie Mauretanien oder Guinea haben nicht die Mittel für die Rückführung von irregulären Migranten in ihre weit entfernten Herkunftsländer. Marokko und Libyen beschränken sich darauf, die Migranten, die sie abschieben wollen, in die Wüste zu schicken, ins Niemandsland. In diesen Fällen erschöpfen sich die Identifikationen in der summarischen Zuordnung einer Staatszugehörigkeit und die Prozeduren der zwangsweisen Abschiebung verwandeln sich in richtiggehende Massenabschiebungen, die von allen internationalen Konventionen verboten werden.

In den vergangenen Jahren nahm Italien in Europa eine Vorreiterrolle bei den Massenabschiebungen in Richtung der so genannten Transitländer wie Libyen oder Ägypten ein. Zahlreiche Migranten, darunter viele potenzielle Asylsuchende wurden in Staaten wie Eritrea, Sudan, Nigeria, Ghana, Mali, aber auch Bangladesch, Pakistan oder Sri Lanka, abgeschoben, dorthin, von wo sie geflohen waren. Die Wende kam mit dem Fall *Cap Anamur* im Sommer des Jahres 2004, als Deutschland die Politik – vermutlich auch im Hinblick auf Wählerstimmen – veränderte. Schiffbrüchigen, die von einem deutschen Schiff gerettet worden waren, wurde der Zugang zum Asylverfahren verwehrt.

In einer Sammelabschiebung wurden sogar diejenigen aus Italien abgeschoben, die vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte die Aufhebung der Abschiebungsanordnung erreicht hatten. Ein „gefährlicher Präzedenzfall“ sollte um jeden Preis vermieden werden.

Die Innenminister Italiens, Großbritanniens und Deutschlands, Giuseppe Pisanu, David Blunkett und Otto Schily, die am 6. Juli 2004 in Sheffield, England, zusammengekommen waren nutzten diese Gelegenheit für eine Übereinkunft, die die Marschrichtung für die darauffolgende europäische Politik bestimmte: Sammelabschiebungen, Zurückweisung auf hoher See, die Auslagerung der Grenzkontrollen sowie administrative Haft. Ebenso experimentierte man kurz danach auf Lampedusa mit Sammelabschiebungen in Richtung Libyen. So geschehen im Oktober 2004 und März 2005, sowie

in der Folge bei anderen Gelegenheiten im Laufe des Jahres 2005 von Italien in Richtung Ägypten, trotz der Sanktionen des Europäischen Parlaments und des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte.

Nach dem Fall *Cap Anamur*, zu dem in Agrigent, Sizilien, noch ein Prozess im Gange ist, halten immer strengere Strafen die Fischerboote und Handelsschiffe davon ab, den Migranten zu helfen. Als ob auf hoher See nicht mehr die internationalen Abkommen gelten würden, die stets zur sofortigen Rettung verpflichten. Denn in internationalen Gewässern sind Strafsanktionen für diejenigen ausgeschlossen, die ohne Profitabsichten irreguläre Migranten in nationales Territorium bringen. Zahlreiche Aussagen von Migranten bezeugen, wie Handelsschiffe und Fischerboote die Bitten um Rettung ignorieren. Manchmal wurde nicht einmal Alarm gegeben, was Dutzende von Menschenleben hätte retten können. Ebenso wurden, nach dem Fall *Cap Anamur*, Kapitäne, die Rettungsaktionen durchführten, vermehrt wegen Beihilfe zur illegalen Einreise angeklagt und somit kriminalisiert.

Ohne die sofortige Ausweitung von Rettungsaktionen durch zivile Schiffe in internationalen Gewässern riskiert man, dass Hilfe noch häufiger zu spät erfolgt. So wird die Liste der Toten und Vermissten noch länger werden.

Es darf nicht noch mehr Opfer auf hoher See geben. Überlebende dürfen nicht abgeschoben, sondern müssen gerettet und in einen sicheren Hafen geleitet werden. So sehen es auch das Seerecht und die internationalen Konventionen vor.

Die Europäische Kommission hat, im Hinblick auf den Sommer 2007, der Jahreszeit, in der traditionell die Versuche der Migranten, die Überfahrt zu wagen, zunimmt, eine Einladung an die Innenminister der 27 Mitgliedsstaaten gerichtet, Frontex verstärkt ökonomisch zu unterstützen, besonders um die gemeinsamen Patrouillen vor den Kanarischen Inseln und im Mittelmeer zu verstärken.

Das bedeutet erneut Militärschiffe, Aufklärungsflugzeuge, Militärtechnologien und spezialisiertes Personal, um auf hoher See die Flüchtlingsboote zu stoppen und mit jedem

Mittel zu erreichen, dass sie in die Herkunftshäfen zurückkehren. Es scheint unwichtig wie viel Menschenleben das kostet, auch wenn alle EU-Dokumente sich auf die Menschenrechte berufen. Offenbar rufen jedoch solche schwerwiegenden Entscheidungen kein besonderes Interesse von Seiten der öffentlichen Meinung hervor.

Vergessen, entfernen, sich abfinden mit der Normalität der Tragödien der Immigration, die in diesem Buch beschrieben werden, das wäre ganz so als ob man die Opfer der irregulären Migration erneut sterben lassen würde. Noch schlimmer wäre es, wenn man glaubt, und das scheinen einige zu tun, dass diese Tragödien die Entscheidungen derjenigen beeinflussen könnten, die versuchen wollen nach Europa zu gelangen.

Wie kann man die schreckliche Geschichte desjenigen vergessen, der, nachdem er auf hoher See gerettet worden war, an Bord der Cap Anamur nach Italien kam, von den italienischen Behörden nach Ghana abgeschoben wurde und dann bei einem zweiten Versuch, das Meer zu überqueren, umgekommen ist. Wie Viele, die mehrmals versucht haben nach Europa zu gelangen, immer wieder, bis sie als Leiche angespült wurden. So erst wieder vor wenigen Monaten auf der Insel Lampedusa bei Sizilien geschehen.

In erster Linie muss auf der Ebene der EU-Institutionen eingegriffen werden. Alle Aktivitäten von lokalen Organisationen sowie von Nichtregierungsorganisationen, die dem humanitären Schutz von Asylsuchenden gewidmet sind, müssen unterstützt werden. Es geht um eine internationale Kooperation von unten, um Hilfeleistungen, die direkt vor Ort in den Gemeinden ankommen. Es geht nicht um die Finanzierung eines autoritär durchgeführten Migrationsregimes, das den grundlegendsten Menschenrechten diametral entgegensteht.

Weiterhin müssen die europäischen Institutionen, die für Einwanderung und Asyl zuständig sind, die tatsächliche Anwendung von EU-Regelungen überwachen. Zudem sollte auch die Handhabung der Rückübernahmeabkommen überprüft werden, möglicherweise auch durch regelmäßige Besuche von Delegationen und durch die Anforderung von Da-

ten und Dokumenten. Die Herausgabe dieser Unterlagen wird von den italienischen Präfekturen und Quästuren verweigert, so auch gegenüber der Ministerialkommission unter der Leitung des Botschafters Staffan De Mistura, die die schwerwiegenden Menschenrechtsverletzungen hätte überprüfen sollen, von denen seit Jahren innerhalb der administrativen Haft und bei Abschiebungen berichtet wird.

Abgesehen von den EU-Institutionen bleibt die Rolle der Nichtregierungsorganisationen von grundlegender Bedeutung. Sie werden in vielen nationalen Zusammenhängen sowohl südlich wie nördlich des Mittelmeeres aufgrund ihrer Kritik an Behörden und der Klagen, die sie einreichen, stark „diskriminiert“ und von den Regierungen nicht einmal als Ansprechpartner betrachtet. Durch finanzielle Mittel und Schaffung der notwendigen Infrastruktur müssen die bereits vorhandenen Netzwerke der Migranten-Selbstorganisationen unterstützt werden, um ihrer Stimme die notwendige Beachtung zu verleihen. Das geschieht derzeit trotz unzähliger Schwierigkeiten in Marokko und anderen Herkunftsländern.

Den Unterstützungsnetzwerken von Migranten muss es ermöglicht werden, den Prozess der Reintegration von Abgeschobenen in ihrem Heimatland zu überprüfen. Dabei sollten örtliche Behörden eingebunden werden. Dieses zivile Engagement und nicht die Militarisierung der Flüchtlingsabwehr muss von der Europäischen Union finanziert werden, will sie ihren grundlegenden Prinzipien treu bleiben, auf denen der Vertrag von Nizza und das Projekt der Europäischen Verfassung basieren. So kann Demokratie exportiert werden, ohne dass dafür Waffen notwendig sind. Nicht zuletzt kann so auch verhindert werden, dass erneut das Wagnis einer Überfahrt unter immer verzweifelteren Umständen eingegangen wird. Es ist ein Weg, das Massensterben auf hoher See zu verhindern.

Das UN-Flüchtlingshochkommissariat müsste öffentlich erklären, ob und wo es in der Lage ist, das Recht auf Asyl für die Menschen zu garantieren, die sich an die Büros dieser Organisation in Transitländern wie Marokko und Ägypten wenden. Die Rückübernahmeabkommen mit vielen nordaf-

rikanischen Ländern basieren auf der Voraussetzung, dass diese Länder die Genfer Flüchtlingskonvention unterzeichnet haben.

Wenn man aber die Praxis des Asylrechts betrachtet, stellt man fest, dass dieser Status nur in wenigen hundert Fällen gewährt wird. Die Unterzeichnung der Genfer Flüchtlingskonvention genügt nicht, wenn die einzelnen Staaten in der Praxis die grundlegenden Prinzipien dieser Konvention verletzen und nicht einmal das rasche Eingreifen von UNHCR-Funktionären zulässt. Wenn keine Klarheit über die Situation der Asylsuchenden in den Transitländern geschaffen wird, riskiert diese wichtige Institution der Vereinten Nationen zu einem Feigenblatt zu verkommen, hinter dem sich die schändlichsten Rücknahmeabkommen und schlimmsten Abschiebungen von Flüchtlingen, die Asyl und humanitären Schutz suchen, abspielen. Keinesfalls darf das UN-Flüchtlingshochkommissariat an Rückführungsaktionen mitwirken, bei denen die Polizei Migranten zwangsweise gegen ihren Willen zurück begleitet.

Der UN-Flüchtlingshochkommissar muss dafür Sorge tragen, dass das Recht auf Zugang zu einem fairen Asylverfahren respektiert wird, auch für Migranten, die bei gemeinschaftlichen Patrouillen auf hoher See aufgehalten werden. So wurde Anfang 2007 ein Schiff mit Migranten länger als eine Woche auf hoher See an der Weiterfahrt gehindert, während Spanien, Marokko und Senegal darüber diskutierten, in welchen Staat die Abschiebung erfolgen sollte und somit erneut hunderte von Menschenleben riskierten.

Die Verpflichtung für den Schutz von Menschenleben, auf dem Meer wie auch in der afrikanischen Wüste, müssen stets Vorrang haben vor der Notwendigkeit, Grenzen abzuschotten. Sollte das nicht umgesetzt werden und zivile Rettungsaktionen weiterhin bestraft werden, wird die Zahl der Opfer der *Festung Europa* auch in den nächsten Jahren unerbittlich steigen.

Fulvio Vassallo Paleologo
Universität Palermo
Mai 2007